

Energiewende: ökologisch *und* sozial?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Ole Erdmann, Michael Reschke und Tim Schlösser

Foto: www.fotolia.com, © montebelli



„Der ökologische Umbau ist zur Zeit modern. (...) Dennoch zeigt sich an der Ökosteuer, wie umstritten die Ökologisierung der Produktion ist (...). Einige Industriezweige wittern durch die Umweltabgaben sogar den Niedergang des Standortes Deutschland. Gänzlich ungeklärt ist, wie mit den sozialen Auswirkungen von Ökosteuern umgegangen wird.(...)“ Diese Sätze stammen aus dem Sammelband „Jenseits von Ökosteuern – Konturen eines solidarisch-ökologischen Reformprojektes“ aus dem Jahre 1995, das damals im spw-Verlag erschien und dessen Autoren teilweise noch heute zum HerausgeberInnenkreis der spw gehören. Schon damals wurde in Abgrenzung zu marktgläubigen Ansätzen eines ökologischen Umbaus der bestehenden Wirtschaftsordnung die Kritik an den sozialen Folgen eines solchen Umbaus unserer postfordistischen Wirtschaft Ausdruck verliehen. Dass Preissignale wichtige Anreize für Investitionsverhalten von Unternehmen setzen, aber auch das Konsumverhalten von Menschen stärker beeinflussen als bloße „Bewusstseinsänderungen“ kaufkräf-

tiger Konsumentenschichten, wird auch in der SPD-Linken niemand bestreiten. Nach 1998 wurde durch die rot-grüne Bundesregierung mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) ein wichtiger Schritt zur grundlegenden Änderung unserer Energieerzeugung getan. Die politische Linke benötigte nicht erst die Katastrophe von Fukushima im vergangenen Jahr um Notwendigkeit des Umbaus unserer Energiesysteme zu erkennen. Zusätzlich zum EEG wurden zahlreiche Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz, insbesondere im Bereich der energetischen Gebäudesanierung, gesetzt. Die massive Zunahme des Anteils regenerativer Energien am Energiemix in Deutschland sowie die kontinuierlich steigende Energieproduktivität sprechen für sich. Doch nach einer Dekade der Reallohnstagnation stellt sich für die Sozialdemokratie mehr denn je die Frage nach den sozialen Folgen des Wandels, der mit Ökosteuern begann und dem endgültig beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie im Jahre 2011 seinen vorläufigen Höhepunkt erlebte.

Stand der Energiewende

Aktuell befindet sich die Energiewende in Deutschland an einem Scheideweg. Mehr und mehr wird deutlich, dass die technologie-, klima- und auch wirtschaftspolitisch erfolgreiche Förderung der erneuerbaren Energien in der derzeitigen Form an ihre Grenzen stößt. Dem massiven Zuwachs der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen – im Jahr 2011 lag der Anteil der Erneuerbaren an der Bruttostromerzeugung bei 20,1 Prozent¹ – steht ein stetig steigender Strompreis durch den hohen Anteil der Einspeisevergütung gegenüber. Im Jahr 2012 wird die Umlage für Ökostrom von 3,6 auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde steigen. Dies führt für einen Durchschnittshaushalt zu einer Steigerung der Energiekosten von ca. 185 Euro im Jahr.² Diese Kosten trägt jede Privatperson in Deutschland unabhängig davon ob sie direkten Zugang zu erneuerbaren Energien hat oder nicht. Gleichzeitig ist zu konstatieren, dass nur begrenzte Bevölkerungsgruppen und Milieus von dieser Einspeisevergütung finanziell profitieren, nämlich primär ausreichend liquide EigenheimbesitzerInnen, die sich die Installation einer Photovoltaikanlage leisten können sowie Landwirte und Investoren, die über entsprechend geeignete Flächen verfügen und dort teilweise Großanlagen errichten. MieterInnen profitieren von dieser Entwicklung finanziell in aller Regel nicht, bzw. nur dann wenn ihrE VermieterIn eine PV-Anlage installieren lässt und hierdurch die Stromkosten gesenkt werden können.

Technologisch ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das die Einspeisevergütung für Erneuerbare Energien regelt, unbestritten ein Erfolg.³ Sowohl der Photovoltaik und Solarthermie, als auch der Windenergie, der Energieer-

zeugung aus Biomasse und weiteren weniger prominenten Technologieformen, wurde zum Durchbruch verholfen. Dies hat diese Technologien nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit entscheidende Schritte voran gebracht. Politisch gewollt und gesteuert wurde ein innovativer Markt kreiert, der nicht nur technologisch sondern auch ökonomisch lange Zeit höchst erfolgreich war und indem bis zu 250.000 Arbeitsplätze in den entsprechenden Branchen geschaffen wurden.

Auch klimapolitisch ist die Energiewende als Erfolg anzusehen. Neben dem grundsätzlichen Strukturwandel insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern und im Ruhrgebiet, sowie Phasen geringen Wirtschaftswachstums, hat insbesondere der großflächige Wechsel zu erneuerbaren Energien und eine signifikante Steigerung der Energieeffizienz zu deutlich gesunkenen Treibhausgasemissionen in Deutschland geführt. Durch diese konnten die Ziele des Kyoto-Protokolls – eine Reduktion der Treibhausgasemissionen in Deutschland von 21 Prozent zum Niveau von 1990 – erreicht und übertroffen werden.

Aktuell wird jedoch die Kehrseite der Medaille offensichtlich: die Kosten für die Energiewende steigen rasant an und die Kosten tragen alle privaten Energieverbraucher. Durch großzügige Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen (Stahl-, Aluminium-, Papier-, Zementherstellung, etc.) beteiligen sich diese nicht an der Finanzierung der Energiewende.⁴ Begründet wird dies mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen. Zwar ist dieses Argument – bei aller Kritik an den Ausnahmekriterien und Unternehmen im Einzelnen – nicht von der Hand zu weisen, aber dennoch verbleibt durch diese Umstände zu konstatieren, dass durch die Abwälzung der Kosten der Energiewende auf die privaten Haushalte massiv von

1 Vgl. <http://www.ag-energiebilanzen.de/viewpage.php?idpage=1>

2 Vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eeg-oekostrom-umlage-steigt-um-47-prozent-auf-rund-5-3-cent-a-861268.html>

3 In keinem Land der Welt ist derzeit soviel Energieerzeugungskapazität aus Photovoltaikanlagen installiert wie in Deutschland. Die bei uns stehenden Anlagen machten 2010 43,5 Prozent der weltweit installierten Kapazitäten aus. Vgl. hierzu: http://de.wikipedia.org/wiki/Photovoltaik#Installierte_Leistung

4 Vgl. hierzu: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Nachhaltigkeit/RLS-Studie_Energieintensive_Industrie.pdf

unten nach oben verteilt wird: von zur Miete wohnenden zu EigenheimbesitzerInnen und von ArbeitnehmerInnen zu energieintensiven Unternehmen. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften stehen hier oftmals vor dem Dilemma, ihre ohnehin durch den globalen Wettbewerb unter Druck geratenen Arbeitsplätzen verteidigen zu müssen. Gleichwohl ist neben den wachsenden Beschäftigtenanteilen der unmittelbar durch die Energiewende gestärkten Bereichen wie Windradproduzenten und deren Zulieferern auch einer zunehmenden Zahl von abhängig Beschäftigten bewusst, dass ein reiner Kostenwettbewerb weder bei Löhnen noch bei konventionellen Energiekosten langfristig zur Sicherung der Arbeitsplätze ausreichen wird. Hier ist jedoch noch keine offensive Strategie zu erkennen, zu widersprüchlich sind die kurz- und mittelfristigen Interessenlagen in den Industriebelegschaften.

Diese Konstellationen erklären auch den Widerspruch in Umfragen zwischen dem generellen Bekenntnis zur Energiewende einerseits und der deutlich geringeren Bereitschaft zur Übernahme weiterer Kosten durch die EEG-Umlage. Für diese Situation, die zusätzlich insbesondere Geringverdienende massiv belastet, da diese einen hohen Anteil ihres Einkommens „energetisch konsumieren“, muss schnellstmöglich eine solidarische Lösung gefunden werden. Ein Umsteuern ist nötig, weil sonst die vielfältigen Erfolge der durch Rot-Grün eingeleiteten Energiewende an der sozialen Frage und daraus resultierenden Legitimationsproblemen scheitern werden.

Das Ringen um Deutungshoheit

Die Phase, in der die Grünen bei über 20 Prozent lagen, sind zunächst einmal vorbei. Ihr Potenzial, bürgerliche Wähler aus dem Bereich der FDP und CDU zu gewinnen ist aber nach wie vor hoch. Demgegenüber, steht ein wachsender Anteil von Menschen, die sich aufgrund von Lohnzurückhaltung, Sozialkürzung, Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge und Preka-

risierung der Arbeitswelt gegen Kostensteigerungen wehren müssen. Diese Wähler mit der kurzfristigen Erhöhung von Subventionen wie der Pendlerpauschale oder dem Bau konventioneller Kraftwerke gegen einen sozial-ökologischen Umbau in Stellung zu bringen, ist nicht nur für eine mögliche Koalition ab 2013 ein großes Risiko. Die Energiewende als Anstoß für umfangreiche Zukunftsinvestitionen und damit hochwertige Arbeitsplätze zu nutzen und gleichzeitig die Unternehmen, deren Gewinne seit Jahren Rekordmarken sprengen in die Verantwortung zu nehmen, könnte hingegen die strategische Position der Sozialdemokratie in der Arbeitnehmerschaft verbessern und gleichzeitig Anknüpfungspunkte an Positionen von Grünen und Linken, ggfs. auch Teilen der CDU ermöglichen.

Die Sozialdemokratie ist gefordert, ihre Perspektive auf die Energiewende, die eben mehr umfasst als „nur“ die energiepolitische Dimension im Hinblick auf den Umbau des Energiesystems, offensiver zu vertreten. Dazu gehört zum einen das Verständnis der ökonomischen Transformationsprozesses mit immensen Innovations-, Beschäftigungs- und Wachstumsschüben. Dazu gehört aber auch die gesellschaftspolitische Dimension im Hinblick auf Demokratisierung, Macht- und Monopolbrechung der etablierten Energieversorgungsunternehmen und der alle Lebensbereiche umfassenden Frage danach, wie wir in Zukunft leben, also arbeiten, produzieren, konsumieren und mobil sein wollen.

Beiträge des Schwerpunkts

Der Heftschwerpunkt rückt die soziale Dimension der Energiewende ins Zentrum, fragt aber auch nach industriepolitischen Anforderungen an die Sozialdemokratie und nach weiteren Wegen in der Realisierung der Energiewende.

Dem Revival industriepolitischer Diskussionen in der Sozialdemokratie widmet sich

Sascha Vogt und formuliert dabei ein Verständnis moderner und linker Industriepolitik, welches sich an einem neuen Wachstumsbegriff, ökologischer Ressourcenschonung, internationaler Verantwortung und Guter Arbeit orientiert.

Timon Gremmels wirbt in seinem Beitrag für die bedeutende Rolle der Bundesländer in der Realisierung der Energiewende und zeigt beispielhaft entlang einzelner Gesetzesvorhaben Implikationen für die politische Gestaltung auf. Dabei sensibilisiert er zudem für eine Kompetenz- und Ressortverteilung, die sich gezielt an den politischen Erfordernissen der Energiewende orientiert.

Eine herausragende Rolle in der Betrachtung der sozialen Implikationen der Energiewende nimmt der Themenkomplex Wohnen mit Energiekosten, Mietentwicklungen und Wohnraummodernisierungen ein, welchem sich *Dr. Franz-Georg Rips* (Deutscher Mieterbund) widmet und Anforderungen an staatliche Förderpolitiken, Mietrecht und ALG II sowie Wohngeld formuliert, um einkommensschwachen Haushalten überfordernde Belastungen zu nehmen.

Steffen-Claudio Lemme (Volkssolidarität) stellt die Energiepreisbildung und die sozialen Implikationen der Energiewende in den Fokus und diskutiert politische Instrumente um die finanziellen Belastungen abzumildern und gerechter zu verteilen. Er regt unter anderem Sozialtarife an und verweist auf die hohe Bedeutung der Kostendimension für die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende.

Ole Erdmann und *Dr. Arno Brandt* setzten sich in ihrem Beitrag mit den Demokratisierungspotenzialen von Energiegenossenschaften auseinander. Diesen komme eine besondere Rolle in der Durchsetzung eines dezentralen Energiesystems zu und sie können als „betriebliches Modell gelebter Wirtschaftsdemokratie“ angesehen werden.

Mit diesem Schwerpunkt knüpft die spw an Schwerpunkte und Beiträge der Vergangenheit an. Wie eingangs erwähnt, ist der sozial-ökologische Umbau ein Wesenszug des spw-Zusammenhanges seit Jahrzehnten und aufgrund der Tragweite und Dynamik dieses Transformationsprozesses wird es nicht der letzte Schwerpunkt zum Thema sein. Gleichwohl scheint die Entwicklung nun nach der immer wiederkehrenden grundsätzlichen Auseinandersetzung in der Vergangenheit um den Atomausstieg nun mehr durch die sich real aufdrängende soziale Dimension an eine weitere – insbesondere für die Sozialdemokratie – kritische Weggabelung gekommen zu sein, die über Legitimation und letztlich auch zukünftige gesellschaftliche Mobilisierungskraft der Energiewende entscheiden wird. Dass der sozial-ökologische Umbau der Industriegesellschaft zu den wenigen Programmatiken der Sozialdemokratie gehört, denen noch unzweifelhaft das Prädikat progressiv verliehen wird, ist insbesondere ein Erfolg der Linken in und außerhalb der SPD nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung. Zur Verteidigung dieser Zuschreibung muss allerdings die gesamte Sozialdemokratie – im günstigsten Fall mit Gewerkschaften und Sozialverbänden – den sich nun sozial- und industriepolitisch stellenden Fragen widmen. ■

☞ *Ole Erdmann* arbeitet in der Wirtschaftsförderung im Ruhrgebiet und lebt in Bonn und Mülheim an der Ruhr.

☞ *Michael Reschke* ist Chefredakteur der spw und lebt in Bonn und Potsdam.

☞ *Tim Schlösser* ist Vizepräsident der International Union of Socialist Youth (IUSY) und lebt in Bonn.